



Pflegeversicherung und soziale Gerechtigkeit – Neue Denkansätze für eine Lösung der Heimkostenfrage

Zusammenfassung des KDA-Diskussionspapiers, 23. Juni 2026

Das KDA-Diskussionspapier „**Pflegeversicherung und soziale Gerechtigkeit – Neue Denkansätze für eine Lösung der Heimkostenfrage**“ von Thomas Klie, Michael Ranft und Nadine-Michèle Szepan, analysiert die aktuelle Debatte um die Reform der sozialen Pflegeversicherung und konzentriert sich insbesondere auf die stark gestiegenen Eigenanteile für Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen. Es argumentiert, dass die Diskussion um Heimkosten zwar politisch und emotional im Mittelpunkt steht, jedoch in einen größeren sozialpolitischen Zusammenhang eingebettet werden muss.

Ausgangslage

Die Kosten für stationäre Pflege sind in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen. Immer mehr Pflegebedürftige können die Eigenanteile nicht mehr aus Einkommen und Vermögen finanzieren und sind deshalb auf Sozialhilfe angewiesen. Gleichzeitig wächst in der Bevölkerung die Sorge, durch Pflegebedürftigkeit das im Laufe des Lebens aufgebaute Vermögen zu verlieren. Diese Entwicklung gefährdet die Akzeptanz der Pflegeversicherung und erschwert die politische Umsetzung notwendiger Reformen.

Das Papier weist jedoch darauf hin, dass nur ein kleiner Teil aller Pflegebedürftigen dauerhaft in stationären Einrichtungen lebt. Dennoch wird gerade dieses Thema in Öffentlichkeit und Politik zum Symbol für die Zukunftsfähigkeit der Pflegeversicherung und überlagert andere wichtige Reformfragen.

Zentrale Ziele einer Begrenzung der Heimkosten

Die Begrenzung der Eigenanteile verfolgt nach Auffassung der Autoren mehrere Ziele:

- Schutz vor finanzieller Überforderung, einem steigendem pflegebedingtem Armutsrisiko und sozialem Abstieg („Pflegearmut“),

- Entlastung der kommunalen Sozialhilfeträger,
- Abfederung steigender Personalkosten infolge höherer Tariflöhne,
- Finanzierung zusätzlicher Pflegekräfte,
- Erhalt der wirtschaftlichen Stabilität von Familien und Unterhaltsgemeinschaften.

Der Autor betont, dass diese Ziele teilweise miteinander konkurrieren und nicht ausschließlich über die Pflegeversicherung gelöst werden können.

Kritik an der gegenwärtigen Debatte

Die Pflegeversicherung wurde ursprünglich als **Teilleistungsversicherung** konzipiert und sollte nie sämtliche Pflegekosten übernehmen. Das häufig zitierte politische Versprechen, Pflegebedürftigkeit dürfe nicht zur Sozialhilfe führen, habe jedoch Erwartungen geweckt, die unter den heutigen finanziellen Bedingungen kaum noch erfüllbar seien. Modelle wie eine Vollversicherung oder der sogenannte „Sockel-Spitze-Tausch“ würden zwar die Eigenanteile deutlich reduzieren, verursachen aber erhebliche Mehrkosten im Sinne einer Verlagerung auf andere Beitrags- oder Steuerzahlergruppen und erscheinen angesichts der angespannten Finanzlage derzeit politisch kaum realisierbar.

Internationale Perspektiven

Ein Vergleich mit anderen Ländern zeigt, dass Deutschland mit seinem System relativ ungewöhnlich ist. Viele Staaten berücksichtigen Einkommen und teilweise auch Vermögen bei der Finanzierung stationärer Pflege:

- **Österreich** schützt das Vermögen weitgehend vor dem Zugriff für Heimkosten.
- **Finnland** und **Schweden** orientieren die Eigenbeteiligung hauptsächlich am Einkommen und sichern Mindestbeträge für den persönlichen Lebensunterhalt.
- Die **Niederlande** beziehen sowohl Einkommen

als auch Vermögen systematisch in die Berechnung der Eigenanteile ein.

- **Japan** und **Südkorea** kombinieren einkommensabhängige Eigenanteile mit gezielten Entlastungen für wirtschaftlich Schwächere.

Der internationale Vergleich zeigt, dass einkommensabhängige Modelle verbreitet sind und unterschiedliche Wege zur sozialen Absicherung bieten.

Reformoptionen

Das Diskussionspapier entwickelt drei wesentliche Reformansätze:

1

Einkommensabhängige Begrenzung der Eigenanteile innerhalb der Pflegeversicherung.

Leistungen zur Entlastung von Heimkosten könnten – ähnlich wie Härtefallregelungen in der gesetzlichen Krankenversicherung – gezielt auf Personen mit geringerem Einkommen ausgerichtet werden.

2

Reform der Hilfe zur Pflege im Sozialhilferecht.

Einkommens- und Vermögensschutzregelungen könnten verbessert und stärker an den Schutz von Familienvermögen sowie an die Lebensleistung angepasst werden.

3

Ein integriertes Bundespflegegesetz.

Pflegeversicherung und Hilfe zur Pflege könnten in einem gemeinsamen gesetzlichen Rahmen zusammengeführt werden, um Leistungen, Finanzierung und soziale Ausgleichsmechanismen besser aufeinander abzustimmen.

Übergreifende sozialpolitische Perspektive

Der Autor plädiert dafür, die Pflegereform nicht isoliert zu betrachten, sondern mit Reformen der Krankenversicherung, der Alterssicherung und des Sozialstaats insgesamt zu verzahnen. Insbesondere sollten einheitliche Regeln zur Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen entwickelt sowie Angehörige besser vor wirtschaftlicher Überforderung geschützt werden. Gleichzeitig erscheine es sozialpolitisch schwer begründbar, dass auch sehr vermögende Personen gleichermaßen von staatlich finanzierten Entlastungen bei Heimkosten profitieren.

Fazit:

Das Papier kommt zu dem Schluss, dass die Debatte über Eigenanteile in der stationären Langzeitpflege aktuell und wichtig ist, aber den Blick auf die eigentlichen Herausforderungen der Pflegeversorgung verstellt. Notwendig seien Reformen, die finanzielle Belastungen gezielt mindern, gleichzeitig aber die langfristige Finanzierbarkeit der Pflegeversicherung sichern und die Versorgung pflegebedürftiger Menschen gewährleisten. Für den Fall, dass der sog. Sockel-Spitze-Tausch keine Mehrheit findet, müssen Alternativen geprüft werden. In die Diskussion gebracht wird eine **einkommens- und vermögensabhängige Begrenzung der Eigenanteile in der stationären Langzeitpflege** – in Verbindung mit einer umfassenden Weiterentwicklung des gesamten Pflegesystems angesehen.

AutorIn: Thomas Klie, Michael Ranft, Nadine-Michèle Szepan,
Juni 2026



Das KDA-Diskussionspapier, 23. Juni 2026: Pflegeversicherung und soziale Gerechtigkeit – Neue Denkansätze für eine Lösung der Heimkostenfrage finden Sie unter kda.de/pflegeversicherung-und-soziale-gerechtigkeit-neue-denksaetze-heimkostenfrage/